

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Ombudsperson an den Hochschulen im Land Bremen einführen**

Immer wieder stehen Studierende vor Problemen, die ihr Studium erschweren. Dies können organisatorische, personenbezogene, inhaltliche oder persönliche Schwierigkeiten sein. Gerade im Fall einer subjektiv als ungerecht empfundenen Behandlung, z. B. bei Klausuren und Prüfungen, trauen sich Studierende häufig nicht, dagegen vorzugehen, obwohl es der Rechtslage nach möglich wäre. Oder Studierende sind sich unsicher, an welche Ansprechpartner oder Anlaufstellen sie sich innerhalb ihrer Hochschule wenden können.

Ombudspersonen als niedrighschwellige Anlaufstelle und Vermittlungsinstanz für Studierende sind in zahlreichen nordeuropäischen und US-amerikanischen Universitäten seit langem etabliert. Auch z. B. an der Goethe-Universität in Frankfurt gibt es mittlerweile Ombudspersonen als Ansprechpartner für allgemeine oder individuelle Kritik und Beschwerden sowie für Anregungen und Verbesserungsvorschläge von Studierenden. Auch für den akademischen Nachwuchs wäre eine Ombudsperson hilfreich, da sie häufig mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind.

Eine Ombudsperson muss neutral sein und Anliegen von Studierenden und Angehörigen des wissenschaftlichen Mittelbaus auf Wunsch vertraulich und anonym behandeln. Die Ombudsperson sollte von den Studierenden vorgeschlagen, aus dem Kreis der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der jeweiligen Hochschule berufen werden und in der Hochschulleitung angesiedelt sein. Ziel soll sein, zeitnah und einvernehmlich individuelle Lösungen zu finden. Darüber hinaus kann eine Ombudsperson einen Beitrag zur Verbesserung der Studienbedingungen leisten, indem sie strukturelle Mängel, die durch das wiederholte Auftreten individueller Schwierigkeiten erst sichtbar werden, aufdecken und abstellen hilft.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

- zu prüfen, ob und wie bestehende Angebote und Anlaufstellen an Hochschulen im Land Bremen dort jeweils für Studierende sinnvoll gebündelt werden können;
- einen Vorschlag zu unterbreiten, wie möglichst innerhalb der bestehenden Ressourcen die Einsetzung einer Ombudsperson rechtlich verbindlich geregelt werden kann;
- der Bürgerschaft (Landtag) bis Februar 2012 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Silvia Schön,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Elias Tsartilidis,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD